

DIE ROLLE DES KOSTENFAKTORS IM UNGARISCHEN ZIVILVERFAHREN

DR. LÁSZLÓ NÉVAI

Professor, Leiter des Lehrstuhls für Zivilprozess der Loránd-Eötvös-Universität (Budapest)

1. In den letzten Jahren wird in immer größerem Maße jene Frage zum Gegenstand internationaler Untersuchungen, ob die Bevölkerung *die Möglichkeit des Geltendmachens des Rechtes und der Verteidigung*, die in den, den Zivilprozeß regelnden Rechtsregeln geboten wird, tatsächlich in Anspruch nehmen kann, ob keine solche Hindernisse infolge der Gesetzgebung oder materieller Natur bestehen, die die Inanspruchnahme des Gerichtsweges, bzw. im eingeleiteten Prozeß die erfolgreiche Verteidigung erschweren oder für einzelne Personen sogar unmöglich machen.¹

Offensichtlich sind solche Gefahren dann vorhanden, wenn die Instanzenordnung des Justizwesens schwer übersichtlich, die Gerichtsorganisation nicht einheitlich, die Verfahrensregelung überflüssigerweise kompliziert und starr ist, die Gebührenposten der Zivilprozesse hoch sind, die Inanspruchnahme der Rechtsanwaltshilfe viel kostet, usw. Man könnte die Reihe der Hindernisse, die vor dem einfachen Staatsbürger stehen, noch lange fortsetzen.

Es ist klar, daß es sich um ein wichtiges *sozialpolitisches Problem* handelt, das in engem Zusammenhang mit dem Ziel des Zivilprozesses, mit der Gewährleistung des *reellen Rechtsschutzes* steht. Denn was ist — sogar die am besten konzipierte — Prozeßordnung Wert, wenn z.B. die Gebührenregeln oder die drohenden Prozeßkosten schon in vorhinein von der Inanspruchnahme des Gerichtsweges zurückhalten? Es sind zahlreiche solche Faktoren außerhalb der Prozeßordnung möglich, die die gesetzlich meistens einwandfrei gestellten Garantien der Rechtspflege illusorisch machen können und — dem Wesen nach — eine Verneinung der Rechtspflege (*denegatio justitiae*) zur Folge haben können.

Die ausländische Literatur des Zivilverfahrensrechtes betrachtet mit Recht als erschreckende Symptome jene in den kapitalistischen Staaten massenhaft vorkommenden Fälle, als der Staatsbürger — z.B. wegen der hohen Gebühren und der mit dem Zivilprozeß verbundenen übrigen Kosten — gezwungen ist, seinen berechtigten Anspruch nicht geltend zu machen oder für ihn die praktische Möglichkeit der Verteidigung gegen einen ihm gegenüber erhobenen unbegründeten Anspruch unmöglich wird.²

In deren Licht werden solche alten oder modernisierten Losungen, wie z.B. „Rechtsstaat“, „Sozialstaat“, „Justizstaat“, „Richterstaat“, „Gerichtswegstaat“, oder sogar „Rechtsmittelstaat“ zu leeren Worten.³

Es kann festgestellt werden, daß es sich um eine sehr *zeitgemäße* Frage handelt, um die *Gegenüberstellung der rechtlichen Regelung und der sozialen Wirklichkeit* auf einem Gebiet, wo die Bedingungen der Entstehung von Konflikten häufig gegeben sind.

Es können in dieser Beziehung verschiedene *Konflikte* entstehen: sie können sich einerseits innerhalb der Welt des Rechtes abspielen, wenn durch Rechtsnormen verschiedenen Niveaus geschaffene Situationen untereinander in Gegensatz kommen (meistens ein in der Verfassung oder in einem anderen Gesetz vorgesehener „idealer“ Zustand mit den durch Rechtsregeln niedrigeren Niveaus ausgestalteten Tatsachen), aber andererseits können sie sich auch im Laufe des sozialen Geltendmachens des Rechtes abspielen, wenn die materiellen Lebensverhältnisse die Realisierung der durch die Rechtsnorm gebotenen Möglichkeiten vereiteln.

Solche Konflikte können leicht zu politischen Elementen von sozialen Zusammenstößen größeren Maßstabs werden und eine Gärung verursachen: von der Erkenntnis der rechtlichen Hypokrise führt kein langer Weg mehr zu der Enthüllung des Mythos der bürgerlichen Demokratie. Es ist also vollkommen verständlich, mit welcher Unruhe die Vertreter der kapitalistischen Rechtswissenschaft, unter ihnen auch die Prozessualisten, diese Entwicklung wahrnehmen und den offensichtlichen Widersprüchen eine Abhilfe schaffen möchten.

In Kenntnis des Gesagten ist jenes Interesse nicht als ein Zufall zu betrachten, das sich in Richtung der *sozialistischen Staaten* wendet, um aufzudecken, wie die Beseitigung und die Abwendung jener Gründe dort gelungen ist, die den Zugang zu der Justiz hinderten oder erschwerten.

Wir können nicht behaupten, daß die sozialistischen Länder alle diese Probleme bereits gelöst haben. Solange das sozialistische Recht – im Zusammenhang mit der Rolle des Wertgesetzes – noch gewisse Elemente mit sich führt, die die volle Geltung der gesellschaftlichen Gleichheit hindern, bleiben gewisse Faktoren mit negativer Wirkung auch auf dem Gebiete der weitesten Gewährleistung des Zuganges zur Justiz bestehen. Prozeßkosten sind auch bei uns noch vorhanden, für die Hilfe eines Berufsjuristen muß man auch bei uns noch zahlen (abgesehen von den ziemlich bedeutenden Ausnahmen), in der Rechtspflege gibt es noch gewiß Verfahren, die ohne die Wirksamkeit zu gefährden noch vereinfacht werden könnten, usw. Im Großen und Ganzen können wir aber sagen, daß die in den sozialistischen Ländern ausgebildete soziale-wirtschaftliche Lage (die Entwicklung der öffentlichen Bildung inbegriffen) und die rechtliche Regelung im Vergleich zur kapitalistischen Welt auf dem Gebiet der Gewährleistung der Zugänglichkeit, des Näherbringens der staatlichen Rechtspflege, der Inanspruchnahme der gerichtlichen Rechtshilfe sozusagen qualitativ ein anderes Bild zeigt.

2. In der Ungarischen Volksrepublik (wie auch in den anderen sozialistischen Ländern) wird die Realisierbarkeit der durch einen Zivilprozeß vor dem Gericht erreichbaren Rechtshilfe — neben der Tatsache des sozialistischen Gesellschaftssystems selbst — vor allem durch die *grundsätzlichen Bestimmungen* und die *institutionellen Grundlagen* des Zivilverfahrensrechtes gesichert.

Unter den Organisationsgrundsätzen des Verfahrens ist gleich der als erster zu betrachtende Grundsatz des gerichtlichen Urteilmonopols zu nennen, der — unter anderen — die Grundlage des tatsächlichen Geltendmachens jenes Erfordernisses bildet, wonach in den Rechtsstreitsachen der Staatsbürger ausschließlich die Gerichte die Rechtspflege ausüben. Organisch ist damit der Grundsatz der Einheit der sozialistischen Rechtspflege verbunden, worin die Thesen des für jeden Staatsbürger ohne Unterschied geltenden Gerichtes und einheitlichen Rechtes zum Ausdruck kommen.

„Das Gericht unterstützt in allem die ihr Recht suchende Partei“ — besagt mit grundsätzlicher Schärfe die ministerielle Begründung der ungarischen Zivilprozeßordnung (Gesetz III: 1952). Diese These gibt — neben vielen anderen Auswirkungen — auch den Hintergrund jener gesetzlichen Bestimmungen, die die Geltung des Grundsatzes der *Gleichberechtigung der Parteien im Prozeß* gewährleisten. Die Realität des Erfordernisses der Gleichberechtigung ist zugleich eine Vorbedingung der Realität des Rechtsschutzes im Prozeß. Ein wichtiges Mittel dieser letzteren ist die *Belehrungspflicht des Gerichtes*, die dem Wesen nach folgenderweise im Gesetz festgelegt ist: „Das Gericht ist verpflichtet die Partei, wenn sie über keinen Rechtsvertreter verfügt, mit der notwendigen Information zu versehen und sie auf ihre Rechte bzw. Pflichten aufmerksam zu machen“ [ZPO §. 3. Abs. (1)]. Der Grundsatz der Gleichberechtigung der Parteien im Prozeß erfordert noch, daß das Gericht amtswegen von der gründlichen und dabei schnellen Verhandlung der Zivilprozesse, sowie davon sorgt, daß die Parteien im Prozeß ihre Rechte richtig ausüben und ihre Prozeßpflichten erfüllen [ZPO §. 3. Abs. (2) und (1)]. Auch die *sprachliche Gleichberechtigung* dient der Rechtsgleichheit im Prozeß im Gerichtsverfahren (ZPO §. 8).

Auch der Grundsatz der *redlichen Prozeßführung* hat die Gewährleistung der „Waffengleichheit“ der Streitparteien zum Ziel. Daraus entspringt jene Pflicht des Gerichtes, daß es „alle solche Verfahren, Handlungen oder anderes Verhalten verhindert, die auf die Verzögerung des Prozesses oder auf die Vereitelung der Aufdeckung der Wahrheit gerichtet sind oder dahin führen könnten“ [ZPO §. 5 Abs. (1)].

Bezüglich der Realität der Möglichkeit des Geltendmachens des Rechtes und der Verteidigung im Zivilprozeß besitzt jene sozialistische Auffassung, die auf die zwei wichtigsten Grundsätze der Prozeßführung, auf die *Verfügungsmaxime* und auf den *Grundsatz der Lieferung des Prozeßmaterials* (mit herkömmlicher Benennung: Verhandlungsmaxime) ausgebildet wurde, eine hervorragende Bedeutung, die im Zusammenhang mit beiden die Wichtigkeit der Aufdeckung der objektiven Wahrheit und des Geltendmachens der Gesetzlichkeit, sowie neben dem primär zur Geltung kommen-

den Willen (und der Verantwortlichkeit) der Parteien die Prozeßführungsrechte (und Pflichten) des Gerichtes betont.

In der Sicherung der Zugänglichkeit der Rechtspflege spielen im sozialistischen Rechtssystem jene *institutionellen Garantien* eine große Rolle, die die Realität des Geltendmachens des Rechtes und der Verteidigung auch durch die Mobilisierung gewisser Organisationen unterstützen. Jene kostenlose Rechtshilfe, die auf diesem Gebiete seitens der Gewerkschaften, der örtlichen Ratsorgane, der Organisationen für Urheberschutz usw. und nicht zuletzt die sozialistischen Staatsanwaltschaften den Staatsbürgern bieten, spricht für sich selbst. (Neben einer angemessenen Entlohnung, in gegebenen Fall sogar auch ohne Entlohnung beanspruchbare Rechtsanwalts-hilfe usw. wird unten noch besonders behandelt.)

Eine nähere Beleuchtung erfordert hinsichtlich unseres Themas die Rolle des *Kostenfaktors* in Ungarn bei der Sicherung der Zugänglichkeit der Rechtspflege.

3. In Ungarn sind die Kosten der Zivilprozesse, die die Parteien belasten, nicht hoch. Darüber kann überhaupt nicht gesprochen werden, daß das Geltendmachen eines Rechtsanspruchs auf Gerichtswege oder die Möglichkeit der Verteidigung gegen einen solchen Anspruch wegen der Verfahrenskosten unmöglich wird.

Die *Kosten der Zivilprozesse* setzen sich — abhängig von den verschiedenen Fällen — aus mehreren Posten zusammen. Sämtliche sind dadurch charakterisiert, daß sie — abhängig von der Art der Sache, der Person der Partei, usw. — nur in *gewissen Sachen* auftauchen, ihr Betrag nur bis zu einer gesetzlich festgelegten *oberen Grenze* steigen kann, und in bestimmten Fällen die Möglichkeit besteht, daß die Prozeßpartei irgendeine Kostenart nur in *ermäßigtem Betrag* zahlen muß oder von der Bezahlung vollkommen befreit wird.

Die Kosten der Zivilprozesse können auf folgende Hauptgruppen aufgeteilt werden:

- Gebühr;
- Kosten im Zusammenhang mit der Vertretung der Partei;
- persönliche Kosten der Partei;
- Kosten im Zusammenhang mit der Beweisführung;
- andere Kosten.

a) Bei der Einleitung des *Zivilprozesses* muß der Kläger die Gebühr in Stempelmarken entrichten, deren Maß im allgemeinen 6% des Streitwertes beträgt.

Bei der Berufung gegen ein Urteil im Zivilprozeß muß nach allen 1000 Forint des Berufungswertes (der in der Berufung bestrittene Betrag) eine Gebühr von 30 Forint entrichtet werden.

Im *außerstreitigen Zivilverfahren* ist nach dem Wert des Verfahrensgegenstandes eine Gebühr von 0,5%, auf der Berufungseingabe nach allen begonnenen 1000 Ft 15 Forint zu entrichten.

Für das Gerichtsverfahren ist neben diesen Gebühren zu Gunsten des Staates nichts weiteres zu bezahlen. [Über die Gebühren bestimmt der

sog. Gebührenkodex, die Verordnung des Finanzministers Nr. 11/1966. (VI. 29.) PM; die Modifizierungen sind in der Verordnung 75/1975. (XII. 30.) PM enthalten.]

b) In Ungarn besteht in keinem Zivilprozeß ein *Anwaltszwang*. Trotzdem nehmen die Parteien häufig die Hilfe eines Anwaltes (eines Rechtsanwaltskollegiums) in Anspruch. Die damit zusammenhängenden Kosten setzen sich aus folgenden Posten zusammen:

- Ermächtigungsgebühr;
- Arbeitslohn des Rechtsanwaltes, dessen Höhe in der Verordnung des Justizministers Nr. 5/1962 (VI. 19./IM (modifiziert durch die Verordnung 12/1974. (XII. 21./IM) im allgemeinen gemäß des Prozeßwertes mit gewissen nicht überschreitbaren oberen Grenzen festgesetzt ist;

- Barauslagen des Anwaltes.

c) Die *persönlichen Kosten* der Partei können aus folgenden bestehen:

- die Kosten der Partei im Zusammenhang mit der persönlichen Erscheinung beim Gericht. Solche sind die Reisespesen, Verköstigung, eventuell die Quartierkosten;

- Kosten der Partei infolge der Versäumung der Arbeit in dem Fall, wenn sie in Akkord arbeitet und ihre Arbeit so beschaffen ist, daß die versäumte Arbeit nicht ersetzt werden kann.

d) Die Posten der *Kosten in Zusammenhang mit der Beweisführung* sind folgende:

- Kosten des Zeugen (Reisespesen, Verköstigung, Quartier);

- Kosten eines eventuellen Augenscheins;

- Kosten einer eventuellen vorläufigen Beweisführung.

e) Neben den genannten können in gegebenen Fällen noch *andere Kosten* auftauchen. Solche sind z.B.:

- Kosten einer eventuellen Verhandlung an Ort und Stelle;

- Dolmetscherkosten;

- Kosten im Zusammenhang mit der Einholung von Informationen und Korrespondenz vor dem Prozeß;

- Entlohnung und Kosten eines im Prozeß eventuell vorgehenden Sachwalters.

In den Sachen, wo der *Betrag des Prozeßwertes in Geld genau nicht bestimmt werden kann*

a) stellt das Gesetz die *Gebühr* in einem Fixwert fest; so beträgt z.B. die Gebühr

- in einem Ehescheidungsprozeß 1000 Forint, oder in einem anderen Eheprozeß (z.B. wegen Feststellung der Ungültigkeit) 100 Forint;

- in einem Prozeß wegen Aufhebung der Adoption ebenfalls 100 Forint;

- in einem Prozeß wegen Preßberichtigung (Radio, usw.) 200 Forint, usw.

b) Die obere Grenze des *Arbeitslohns des Rechtsanwaltes* ist in einer Rechtsregel festgesetzt:

- diese obere Grenze beträgt in den Sachen obiger Art im allgemeinen 400 Forint;

— dieser Betrag kann in besonders komplizierten Sachen um 50% erhöht werden.

Es gibt einige Prozeßeingaben, die *gebührenfrei* auch in sonst gebührenpflichtigen Prozessen eingereicht werden können.

Solche sind:

- die sog. Berufungsanschlußschrift;
- Antrag bezüglich des Ausschlusses des Richters, des Protokollführers oder des Sachverständigen;
- Antrag bezüglich der Streitverkündung gegen eine dritte Person;
- Wiedereinsetzungsantrag;
- Vorbereitungsschrift;
- Antrag wegen Berichtigung des Beschlusses;
- Antrag wegen Ergänzung des Beschlusses;
- Widerspruch gegen einen Zahlungsbefehl, usw., usw.

Es gibt einige solche Gerichtseingaben, bei deren Einreichung ein *ermäßigter Gebührenbetrag* zu entrichten ist.

Solche sind z.B.:

- die Gebühr eines Widerspruchs gegen einen Gerichtsbefehl beträgt 3%;
- die Gebühr des Antrags einer vorläufigen Beweisführung beträgt 0,5%, aber höchstens 300 Forint;
- dieselbe Gebühr ist für ein Gesuch um Ratenzahlung zu entrichten, wenn das Gesuch nach Inkrafttreten des Beschlusses vorgelegt wird (vor dem Inkrafttreten vorgelegtes Gesuch ist gebührenfrei);
- ebenso ist die Gebühr einer Eingabe dieselbe, in welchem die Partei die Vorladung der Gegenpartei zu einem sog. Vergleichsversuch beantragt.

(Zur Erlassung des oben erwähnten sog. Gerichtsbefehls kann in den ordentlichen Zivilprozessen auf der ersten Verhandlung auf Antrag des Klägers in dem Fall die Reihe kommen, wenn der Beklagte die Verhandlung versäumt und auch keine schriftliche Verteidigung vorgelegt hat. Der so erlassene Gerichtsbefehl wird dem Klageantrag des Klägers entsprechen. Der Beklagte kann gegen den Gerichtsbefehl innerhalb von 15 Tagen Widerspruch einlegen und in diesem Fall setzt das Gericht nach Anberaumung einer neuen Verhandlung den Prozeß fort. Der mit Widerspruch nicht angefochtene Gerichtsbefehl erhält die Kraft eines rechtskräftigen Urteils. Der jetzt erwähnte sog. Gerichtsbefehl ist übrigens ein neues Institut im ungarischen Zivilverfahrensrecht. Die in 1952 geschaffene Zivilprozeßordnung hat aus der früheren ungarischen Zivilprozeßordnung — aus dem Gesetz I: 1911 — das dort instituierte sog. *Versäumnisurteil* nicht übernommen, weil dieses mit jenem Erfordernis des sozialistischen Zivilverfahrensrechtes als widersprechend betrachtet wurde, daß im Zivilverprozeß auf alle Fälle die Aufdeckung der objektiven Wahrheit anzustreben ist. Es ist interessant zu erwähnen: das sog. Zahlungsbefehlsverfahren ist dagegen von Anfang an in der Zivilprozeßordnung von 1952. aufgenommen, trotzdem, daß die meisten Zivilprozeßordnungen der sozialistischen Länder dieses Institut nicht kennen. Das Prozeßinstitut des Gerichtsbefehls, das viele

Ähnlichkeiten mit dem sog. Versäumnisurteil aufweist, wurde durch die am 1. Januar 1973. in Kraft getretene III. Novelle der ungarischen Zivilprozeßordnung — Gesetzesverordnung Nr. 26 vom Jahre 1972 — eingeführt.⁴⁾

4. Unter den Instituten, die in Ungarn neben den schon erwähnten die Entscheidung der Rechtsstreite mit *niedrigeren Kosten* oder ganz kostenfrei ermöglichen, können folgende hervorgehoben werden:

- das System der verschiedenen Kostenermäßigungen;
- das Institut des unterstützenden Anwaltes
- der Justitiar
- die gewerkschaftliche Rechtshilfe.

Gemäß der ungarischen rechtlichen Regelung können die *Kostenermäßigungen* in drei Hauptgruppen eingeteilt werden:

Kostenfreiheit, Gebührenfreiheit, Gebührenanmerkungsrecht.

a) Die *Kostenfreiheit* bedeutet im Zivilprozeß, daß die Partei die Gebühr nicht entrichten muß und nicht verpflichtet ist, die anderen Kosten vorzuschießen, bzw. zu tragen (Zeugengebühr, Sachverständigengebühr, Dolmetschergebühr, usw.), sondern alldies wird statt ihm von Staat vorgeschossen, bzw. getragen.

Die Kostenfreiheit ist also in diesem Sinn die ausgedehnteste Begünstigung, da sie auch die Gebührenfreiheit umfaßt.

Die Kostenfreiheit erstreckt sich nicht auf die Kosten des auf Auftrag der Partei in Anspruch genommenen Anwaltes, aber die eine Kostenfreiheit erhaltene Partei hat das Recht, die Bestellung eines sog. unterstützenden Anwaltes zu beantragen, der ihn kostenfrei vertritt.

Die Kostenfreiheit hat zwei Hauptformen: die persönliche Kostenfreiheit und die objektive Kostenfreiheit.

Persönliche Kostenfreiheit steht jener Partei zu, die infolge ihrer Einkommens- und Vermögensverhältnisse die Prozeßkosten (oder deren einen Teil) nicht zu decken vermag. Die persönliche Kostenfreiheit wird durch das Gericht auf Antrag 100 oder 50%-ig gewährt.

In den Prozessen, die unter *objektive Kostenfreiheit* fallen, hängt die Begünstigung nicht von der Person, bzw. den Vermögensverhältnissen der Partei ab, sondern sie steht mit dem Gegenstand der Streitsache im Zusammenhang. Im Falle der objektiven Kostenfreiheit trägt der Staat die Kosten. Einige Beispiele für die objektiv kostenfreien Prozesse:

- Vaterschaftsprozesse und andere Prozesse wegen Feststellung der Abstammung;
- Prozesse wegen Aufhebung oder Wiederherstellung der elterlichen Aufsicht;
- Prozesse im Zusammenhang mit der Unterbringung des minderjährigen Kindes;
- Prozesse im Zusammenhang mit dem gesetzlich begründeten Unterhalt (Prozesse wegen Unterhalt der Ehefrau, des Kindes, der Eltern, usw.);
- aus einem Arbeitsverhältnis stammende Prozesse;

- aus genossenschaftlichem Mitgliedsverhältnis stammenden Prozesse;
- Prozesse im Zusammenhang mit der Eintragung in das Geburts-, Ehe-, und Sterbebuch;
- aus Enteignung stammende Entschädigungsprozesse;
- Rentenprozesse, usw., usw.

b) Die *Gebührenfreiheit* ist gemäß dem Gesagten enger als die Kostenfreiheit, indem es sich nur auf den für den Staat zu entrichtenden — Gebühr genannten — Teil der Kosten bezieht, und das bedeutet, daß die begünstigte Partei für das Gerichtsverfahren keine Gebühr zu entrichten hat.

Die Gebührenfreiheit hat, ebenso wie die Kostenfreiheit, zwei Arten: die persönliche Gebührenfreiheit und die objektive Gebührenfreiheit.

Infolge der *persönlichen Gebührenfreiheit* brauchen gewisse Personen, Organisationen, Institute im Gerichtsverfahren keine Gebühr zu entrichten. Solche sind z.B. der Staatsanwalt, die Staatsorgane, die öffentlichen Institute, usw.

Die *objektive Gebührenfreiheit* ist von größerer Bedeutung, welche aufgrund des Charakters der Sache den Parteien unabhängig von ihren Vermögens- und Einkommensverhältnissen zukommt. Objektiv gebührenfreie Verfahren sind z.B.:

- unter den gewerblichen Rechtsschutzverfahren die Prozesse im Zusammenhang mit den sog. Neuerungen;
- aus dem Verkauf von Agrarprodukten stammende Prozesse;
- gewisse Nachlaß- und Grundbuchverfahren, usw.

c) Das *Gebührenanmerksungsrecht* befreit vorübergehend von der Pflicht der Entrichtung der Gebühr. Die begünstigte Partei muß die Gebühr bei der Einleitung des Verfahrens nicht entrichten; wenn sie den Prozeß verliert, muß sie die Gebühr bezahlen, wenn sie dagegen obsiegt, so muß die Gegenpartei die Gebühr dem Staat bezahlen.

Auch das Gebührenanmerksungsrecht hat die oben erwähnten zwei Arten: das persönliche und das objektive Gebührenanmerksungsrecht. Das persönliche Gebührenanmerksungsrecht wird durch das Gericht aufgrund freier Erwägung gewährt.

Aufgrund des *objektiven Gebührenanmerksungsrechtes* muß in gewissen Verfahrensarten — unabhängig von den Einkommens- und Vermögensverhältnissen der Partei — die Gebühr nicht im voraus entrichtet werden; nur die rechtskräftig verurteilte Partei — und auch sie nur im Verhältnis zur Verurteilung — kann zur Entrichtung der Gebühr verpflichtet werden. Solche Verfahren sind z.B.:

- Anfechtung des Beschlusses eines Verwaltungsorgans vor dem Gericht;
- ein wegen Ersatz eines im Leben, in der körperlichen Unversehrtheit und Gesundheit einer Person verursachten Schadens eingeleiteter Prozeß;
- ein wegen Ersatz eines aus einem Delikt stammenden Schadens eingeleiteter Prozeß;

— ein Prozeß wegen Ersatz eines bei den Vorarbeiten im Zusammenhang mit dem Enteignungsverfahren verursachten Schadens, usw.

[Die Anwendung der Kostenfreiheit und des Gebührenanmerkungswertes im Gerichtsverfahren wird eingehend in der Verordnung des Justizministers Nr. 1/1973. (I. 24.) IM geregelt].⁵

5. Die Hilfe eines *unterstützenden Anwaltes* kann von der Partei beim Gericht beantragt werden, die im Zivilverfahren eine Kostenfreiheit erhalten hat. Der unterstützende Anwalt wird vom Gericht aus den Mitgliedern des auf seinem Sitz funktionierenden Rechtsanwaltskollegiums bestellt.

Der unterstützende Anwalt geht in Vertretung der Partei *unentgeltlich* vor. [S. ZPO §. 84 Abs. (1) Punkt d), die Rechtsanwaltsordnung — Gesetzesverordnung Nr. 12 vom Jahre 1958 — §. 9, sowie die Verordnung des Justizministers Nr. 8/1973. (XII. 28.) IM].

6. Die *Justitiare* besorgen die Rechtssachen der sozialistischen Organisationen (Unternehmen, Genossenschaften, usw.) im Rahmen eines Arbeitsverhältnisses (oder Mitgliedsverhältnisses). Neben diesem Hauptwirkungsbereich ermöglicht aber die Rechtsregel, daß der Justitiar auch die Prozeßvertretung eines Werk tätigen des Unternehmens (der Genossenschaft) in Sachen im Zusammenhang mit dem Arbeitsverhältnis (im Falle einer Genossenschaft mit dem Mitgliedsverhältnis) besorgt, wenn in der Sache kein Interessengegensatz zwischen dem Unternehmen und dem Werk tätigen besteht.

Die Inanspruchnahme des Justitiars auf diese Weise sichert dem Werk tätigen eine *materiell günstige* Lage, da der Justitiar für die Besorgung dieser Vertretung höchstens den halben Betrag der nach der Rechtsanwaltsgebührenordnung zukommenden Gebühr anrechnen darf.

[Der Justitiar verfügt übrigens mit derselben Bildung, wie der Rechtsanwalt: Universitätsbildung und nach zwei Jahren Rechtspraxis abgelegte höchste Fachprüfung. Der Unterschied besteht im allgemeinen darin, daß der Justitiar in einem Arbeitsverhältnis — eventuell in Mitgliedsverhältnis — mit dem Unternehmen — der Genossenschaft — steht, während der Rechtsanwalt ein frei beschäftigter Jurist ist, der in keinem Arbeitsverhältnis stehen kann, aber Mitglied eines Rechtsanwaltskollegiums und zugleich der Rechtsanwaltskammer ist. Die Grundbestimmungen über die Justitiare sind in der Regierungsverordnung Nr. 17/1971. (IV. 28.) Korm. enthalten; von der Durchführung sorgt die Verordnung des Justizministers Nr. 4/1971. (X. 19.) (IM.)

7. Der *gewerkschaftliche Rechtshilfedienst* ist in seiner heutigen Form ein vollkommen neues Institut im ungarischen Rechtssystem. In Anschluß an einen Ministerratsbeschluß von August 1974. gab der Zentralrat der Gewerkschaften in November 1974. — in Einvernehmen mit dem Justizminister, dem Arbeitsminister und dem Finanzminister — Richtlinien zur Organisation und Funktionierung des gewerkschaftlichen Rechtshilfedienstes heraus. (S. im Amtsblatt der Ungarischen Volksrepublik, Magyar Közlöny, N 12. November 1974., Nr. 84.)

Der gewerkschaftliche Rechtshilfedienst hat den *Zweck*, den Interessen der Werktätigen der Betriebe einen Rechtsschutz zukommen zu lassen und dementsprechend ihnen juristische Informationen und Hilfe zu geben, sie rechtlich zu beraten und für sie eine Rechtsvertretung zu sichern. Durch den gewerkschaftlichen Rechtshilfedienst erhalten die Werktätigen der Unternehmen und der Genossenschaften sowohl in ihren Streiten innerhalb des Arbeitsortes, als auch in Ihren Sachen vor den verschiedenen Staatsorganen (auch die Prozesse vor dem Gericht inbegriffen) eine Rechtshilfe.

Der gewerkschaftliche Rechtshilfedienst wird vom zuständigen Gewerkschaftsorgan errichtet und dieses Organ leitet auch seine Arbeit. Die in der Arbeit teilnehmenden Juristen (z.B. Unternehmensjustitiar, ein in die Arbeit einbezogener Rechtsanwalt, pensionierter Richter, Staatsanwalt, usw.) leisten die Rechtshilfe für den Werktätigen umsonst und sie erhalten ihren Arbeitslohn vom Gewerkschaftskomitee. Das Gewerkschaftskomitee deckt seine Kosten im Zusammenhang mit der Aufrechterhaltung des gewerkschaftlichen Rechtshilfedienstes von dem Betrag, den es vom Unternehmen aufgrund des Kollektivvertrages erhält.

Der gewerkschaftliche Rechtshilfedienst begann in Ungarn am 1. Januar 1975. zu arbeiten — zuerst bei 51 größeren Unternehmen und Handwerker-genossenschaften. Der Zentralrat hat Maßnahmen zwecks weiterer Ausdehnung des Instituts getroffen.

Der gewerkschaftliche Rechtshilfedienst ist ein Institut, das sich in Ungarn erst jetzt entfaltet. Es ist wahrscheinlich, daß es sich weiter entwickelt und in weiteren Kreise zur Anwendung kommt. Für die Werktätigen ist dieses neue Institut mit sehr vielen *Vorteilen* verbunden: sie erhalten auf ihrem Arbeitsort die notwendigen rechtlichen Informationen, die Juristen des Dienstes gehen statt ihnen bei den verschiedenen Staats- usw. Organen vor und können sie in ihren Gerichtssachen auch vertreten — und alldies vollkommen umsonst.⁶

* * *

Als Zusammenfassung: Die ungarischen Erfahrungen zeigen, daß die Rechtspflege für die Staatsbürger im allgemeinen leicht zugänglich ist, da die Prozeßkosten verhältnismäßig nicht hoch sind und dabei zahlreiche Möglichkeiten gibt, wodurch das Verfahren vollkommen oder teilweise kostenlos werden kann.

Von größter Bedeutung sind natürlich jene eingangs erwähnten grundsätzlichen und institutionellen Grundlagen, auf denen der sozialistische Charakter, der Demokratismus, das Nahestehen dem Volke der ungarischen Rechtspflege beruht.

FUSSNOTEN

¹ S. z. B. *Fritz Baur*: Armenrecht und Rechtsschutzversicherung. Im Gedenkbuch „Studi in memoria di Carlo Furno“, Milano, 1973., p. 91 f.; *Vittorio Denti*: Il gratuito patrocinio davanti alla Corte costituzionale, *Rivista di diritto processuale*, 1969., Nr. 2, p. 165.; *Gottfried Baumgärtel*: Gleicher Zugang zum Recht für Alle. Ein Grundproblem des Rechtsschutzes.

Köln/Berlin/Bonn/München, 1976.; die Aufsätze von Mauro Cappelletti (mit Bryant Garth und Nícolo Trocker), Rolf Bender, Jan Hellner, Michael Zander, Marcel Storme, Zhivko St. Stalev und Jürgen Basedow in *Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht* 40. (1976) Heft 3–4, S. 669–788.

² S. unter anderen bezüglich der Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland das Buch von Peter Zankl (Chancen und Risiken im Rechtsstreit, Berlin, 1972., insbesondere p. 90–134), die Bemerkungen von W. Däubler (Bürger ohne Rechtsschutz? Kostenrisiko und Grundgesetz, Betriebsberater 1969., p. 545) und den Artikel von Erika Bokelmann (A bírósági út igénybevételének nehézségei az NSZK-ban a perköltségek kapcsán) Schwierigkeiten der Inanspruchnahme des Gerichtsweges in der BRD im Zusammenhang mit den Prozeßkosten), Magyar Jog és Külföldi Jogi Szemle, 1974., Nr. 5., p. 311; bezüglich Italiens die Studie Mauro Cappelletti (La giustizia dei poveri, sowie Povertà e giustizia, beide in Foro Italiano, 1968. bzw. 1969., ferner im Buch *Processo e ideologie*, Bologna., 1969., p. 547 f., und in der Monographie *Giustizia e società*, Milano, 1972., p. 82 f. enthaltenen Erörterungen); bezüglich Frankreichs das Werk von J. E. Abbeille (Une certaine réforme, Paris, 1970., p. 57 f.) sowie den Vortrag von Bruno Oppetit (Les garanties fondamentales des parties dans le procès civil en droit français, im zweisprachigen Band des Materials der internationalen Konferenz von Firenze, September 1971, Fundamental Guarantees of the Parties in Civil Litigation – Les garanties fondamentales des parties dans le procès civil, Milano – New York, 1973., insb. p. 487 f.); bezüglich der Zustände in England den Bericht von A. Paterson (A Report on Legal Aid as a social Service, London, 1970.) und den Vortrag von J. A. Jolowicz (Fundamental Guarantees in Civil Litigation: England, im Material der erwähnten Konferenz in Firenze, insb. p. 142. f.), sowie den kurzen Bericht: Perköltségek Angliában (Prozeßkosten in England) (Magyar Jog, 1976., Nr. 1, p. 68.). S. noch Peter Gottwald: Armenrecht in Westeuropa und die Reform des deutschen Rechts, ZZZ 89. (1976) Heft 2, S. 136.

³ Vergl. mit meinem Artikel: A polgári eljárásjog főbb mai problémái a Német Szövetségi Köztársaságban (Die Hauptprobleme von heute des Zivilverfahrensrechtes in der Bundesrepublik Deutschland) (Jogtudományi Közlöny, 1974. Nr. 9., p. 494.)

⁴ Von der diesbezüglichen Literatur s. Dr. Gyula Varga: A bírósági meghagyás a polgári perben (Der Gerichtsbefehl im Zivilprozeß) in der Zeitschrift Magyar Jog és Külföldi Jogi Szemle, 1973., Nr. N p. 148., sowie Dr. Sándor Hegyvári: Gondolatok a bírósági meghagyásról (Gedanken über den Gerichtsbefehl) ebenda p. 173.

⁵ Die systematische Erörterung der Fragen im Zusammenhang der Prozeßkosten und der Kostenfreiheit im Zivilprozeß s. Dr. István Novák: Perköltség és költségmentesség a polgári perben (Prozeßkosten und Kostenfreiheit im Zivilprozeß), Budapest, 1962., vergl. noch Dr. István Novák: Gondolatok a költség- és illetékmentesség jövőbeli szabályozásáról (Gedanken über die zukünftige Regelung der Kosten- und Gebührenfreiheit), Magyar Jog és Külföldi Jogi Szemle, 1970., Nr. 12., p. 736., und Dr. János Lantos: Gondolatok a költségmentesség szabályozásáról (Gedanken über die Regelung der Kostenfreiheit) ebenda, 1971., Nr. 3., p. 164.

⁶ Vergl. Dr. P. Timár – Dr. R. Turczar: Útmutató a Szakszervezeti Jogsegélyszolgálat-hoz (Wegweiser zum gewerkschaftlichen Rechtshilfedienst), Budapest, 1975., ferner Dr. György Schelnitz und Dr. P. Timár: Jogi képviselő a Szakszervezeti Jogsegélyszolgálat keretében (Rechtsvertretung im Rahmen des gewerkschaftlichen Rechtshilfedienstes), Polgári Eljárásjogi Füzetek, Band VIII, Budapest, 1976., p. 217. f.

РОЛЬ СУДЕБНЫХ РАСХОДОВ В ВЕНГЕРСКОМ ГРАЖДАНСКОМ ПРОЦЕССЕ

Д-р ЛАСЛО НЕБАИ

профессор, зав. кафедрой гражданского процессуального права

(Резюме)

Вопрос о реальности правовой защиты в гражданском процессе приобретает все большее значение в процессуальной литературе последних лет. Речь идёт собственно о проблеме доступности правосудия. Возможные правовые и имущественные

препятствия на пути к суду представляют собой серьезную общественно-политическую проблему, могущую дойти до самого отказа в правосудии.

В первой и второй частях статьи анализируются принципиальные и институционные основы социалистических гарантий, обеспечивающих реальную доступность к суду в Венгерской Народной Республике.

В третьей части характеризуется урегулирование по судебным пошлинам и расходам в венгерском гражданском процессе. Затем обрисовывает автор действующую систему процессуальных расходов и основания освобождения от их несения.

В пятой до седьмой частях статьи освещаются вопросы о возможности получения бесплатной юридической помощи со стороны адвокатуры и Профсоюзной правовой службы.

THE ROLE OF COST FACTOR IN THE HUNGARIAN CIVIL PROCEDURE

DR. LÁSZLÓ NÉVAI

Professor, Head of Civil Procedure Law Department

Summary

The reality of enforcing one's right or defence by means of a civil action is a question of growing importance in the literature of procedure law of late years. Essentially it is the problem of access to justice. Legal and financial obstacles to the actual accessibility of justice raise a serious social-political problem, which may ultimately result in the denial of justice.

In the first and second parts of the treatise the socialist guarantees of theoretical and institutional character, ensuring the actual accessibility of justice in the Hungarian People's Republic, are analysed.

The third part delineates the regulation of costs and fees in the Hungarian civil procedure. Following this, the author points out in detail the system of costs of litigation and exemption from them by provisions of law in force of the Hungarian People's Republic.

In the fifth to seven parts the treatise expounds the questions of suing free of charge professional assistance afforded to the citizens at court on the part of lawyers and the s.c. Trade Union Legal Aid Service.